

PIRATEN IN DER POLITGALAXIE!



INHALT

		1

	LOGBUCH DES CAPTAINS PIRATEN MACHEN ES AND3RS	5
1.	DIGITALE REVOLUTION	10
	Veränderung der Lebenswirklichkeiten	11
	Wirtschaft	12
	Digitale Agenda	14
	Freifunk	15
	Netzneutralität	16
	Internetministerium	17
	Open Access	17
	Digitaler Kompass	18
	Kurioses aus dem Parlament	20
2.	TRANSPARENZ	22
	Transparenz und Whistleblowing	23
	Causa Warhol	25
	Finanzierung der Atomwirtschaft	26
3.	INNERE SICHERHEIT?!	28
	#Jägermussweg	29
	PUA Silvester	31
	Fanrechte	32
	Piraten gegen Rechte Gewalt	33
	Videoüberwachung	34
4.	#SMARTGERECHT	36
	Enquete ÖPNV	37
	Verkehrswende	38
	Schulpolitik	40
	Schulsozialarbeit	42
	Geflüchtete	43
	Wahlalter 16	46
	Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer	47
	Politik vor Ort / Kunst und Ausstellungen	48
5.	ZUKUNFT	52
	Best of Energiepolitik	53
	Cannabis	56
	Gegen Monokultur, für Bienen	57
	EK Handwerk	58
	Kinder und ihre Familien	59
	Kinderrechte	67
6.	PIRATENFRAKTION IN ZAHLEN	64



LOGBUCH DES CAPTAINS

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Raumschiff entführt Sie in die unendlichen Weiten des Politikuniversums.

Piraten? Ach ja, das waren ja diese Computernerds, die sich 2012 aufmachten die Politiklandschaft aufzumischen. Sie, die Bürgerinnen und Bürger haben uns mit 20 Abgeordneten und 7,8% in den Düsseldorfer Landtag gewählt und wir haben engagiert und mutig unsere Arbeit aufgenommen.

In Ihren Händen liegt das Logbuch der Arbeit unserer Fraktion in den letzten fünf Jahren. Gestartet in einem kleinen Besprechungsraum haben wir ein etwa 80 Mitarbeiter zählendes mittelgroßes "Unternehmen Fraktion" aufgebaut, um die beste Politik für Ihre Interessen in Nordrhein-Westfalen zu gestalten.

Ich denke, wenn Sie diese Broschüre aufmerksam lesen, werden Sie merken, dass wir mehr als diese Computernerds sind, denn wir haben in den letzten fünf Jahren trotz aller Schwierigkeiten oftmals die anderen Fraktionen zum Jagen getragen, oder um im Bild des Raumschiffs zu bleiben, neue Welten entdeckt. Lassen Sie sich auf die Reise mit dem Piratenraumschiff ein.

Es begrüßt Sie an Bord Captain Michele Marsching



PIRATEN MACHEN ES AND3RS

Fünf Jahre Piraten im Landtag Nordrhein-Westfalen bedeutet auch fünf Jahre and3rs sein. Der erste Stein für mehr Transparenz in der Politik wurde bei uns selbst gelegt, denn seit Beginn der politischen Arbeit im Landtag werden alle unsere Fraktionssitzungen online übertragen und sie sind auf der YouTube Seite der Piratenfraktion NRW abrufbar, wenn Menschen zu Liveübertragungen nicht einschalten können. Sei es die politische Lagebesprechung, dass aktuelle Themen diskutiert werden oder auch die Fraktionsfinanzen offengelegt werden.

Alles geschieht öffentlich und ist damit für jeden nachvollziehbar. Das dieser Anspruch bei anderen Parteien und Fraktionen erstmal nicht auf Gegenliebe stoßen wird, war uns klar.

Transparenz ist für Piraten keine Floskel, sondern gelebte Praxis – jeden Tag.

ÖFFENTLICHE SITZUNGEN – WIR LASSEN UNS AUF DIE FINGER SCHAUEN

Unsere Türen sind für jeden Interessierten offen und die Sitzungen der Fraktion sind grundsätzlich öffentlich und können besucht werden. Davon haben im Laufe der fünf Jahre immer wieder Menschen Gebrauch gemacht. Zu vielen Themen haben wir auch Sachverständige in die Fraktion eingeladen, um unsere Meinung zu wichtigen Themen mit Expertinnen und Experten rückzukoppeln.

-

1111 1 1111

Als Beispiel ist hier zu nennen, die gut besuchte Veranstaltung mit Dr. Wolfgang Lieb zum Thema "Hochschulgesetz NRW" oder die Expertise von Prof. Heinz Bontrop zum Thema "Schuldenbremse". Auch über Social Media-Kanäle wurden Fragen in die Diskussion eingebracht und live beantwortet. Moderner Politikstil halt.

BETROFFENE ZU BETEILIGTEN MACHEN – ODER DIE FRAGE, WAS SAGT DER SCHWARM?

Ganz neu entwickelt wurde von uns die Beteiligungsplattform "Votezilla", die registrierte/angemeldete Menschen über unsere parlamentarischen Initiativen mitentscheiden und mitberaten lässt.

Hierbei geht es vor allem darum von der Parteibasis Rückmeldung zu erhalten, ob eine Initiative mitgetragen wird. Zahlreiche Anregungen wurden in Anträge übernommen und durch die Mitarbeit engagierter Bürgerinnen und Bürger verfeinert.

OPENANTRAG – DEINE EINGABE IN DEN LANDTAG

Mit OpenAntrag haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit direkt ein Anliegen in die Fraktionssitzung zu tragen. Hierbei wurden in den letzten fünf Jahren schon zahlreiche Initiativen übernommen und mündeten in einen politischen Antrag im Landtag.

Diese Plattform wird von allen Mandatsträgern, Fraktionen und Gruppen der Piraten deutschlandweit eingesetzt.

NEUE WEGE – BÜRGERBETEILIGUNG SCHAFFT NÄHE

Die Piratenfraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen hat den Anspruch an moderne Bürgerbeteiligung, höchstmögliche Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen und Transparenz hergestellt und dabei die anderen Fraktionen im Landtag in eine Rechtfertigungsdebatte und Rechtfertigungsdiskussion gebracht. Eine wohltuende Revolution gegen das verstaubte Hinterzimmergetue.

Piraten haben den Landtag and 3 ers gemacht und dadurch Demokratie erlebbar und zum Mitmachen eingeladen.

HANDYKLINGELN FÜR DEN REGENWALD

Ganz zu Beginn wurde überlegt, wie man das störende Handyklingeln in den Sitzungen verhindert.

Dabei kam die Idee auf, dass es eine Sanktion für dieses "Fehlverhalten" in Form einer nachhaltigen Spende für die Aufforstung von Bäumen im Regenwald geben solle. Was da so im Laufe der Zeit in der Baumkasse zusammengekommen ist, kann sich sehen lassen: Wir werden 58 Bäume pflanzen können.



MICHELE MARSCHING Captain, Direkte Demokratie, Petitionen



MONIKA PIEPER Bildung



SIMONE BRAND Verbraucherschutz, PUAs Silvester, Amri



FRANK HERRMANN Jäger Jäger, Innen, Kommunales



DIRK SCHATZ Innen und Petitionen



HANNS-JÖRG ROHWEDDER Umwelt und Energie



KAI SCHMALENBACH Energie



LUKAS LAMLA Hanfpirat, Netzpolitik, Medien und Kultur, Sport



OLAF WEGNER
Jugend und Soziales



BIRGIT RYDLEWSKI
PUA NSU und Frauenpolitik

. ..



NICO KERN Recht und Finanzen



TORSTEN SOMMER
Digitale Arbeit,
Kommunales, Verfassung



STEFAN FRICKE Bauen, Wohnen, Verkehr



DANIEL DÜNGEL Familie, Jugend, #fanrechte und Gesundheit



JOACHIM PAUL Wissenschaft, Wirtschaft, Europa und Kultur



OLIVER BAYER #fahrscheinfrei, Bauen, Wohnen, Verkehr



MARC GRUMPY OLEJAK Petitionen, BLB und Frauenpolitik

DIGITALE REVOLUTION

VERÄNDERUNG DER LEBENSWIRKLICHKEITEN

Die etablierte ökonomische, politische und soziale Struktur ist inkompatibel mit dem Stand der Technologie und den daraus resultierenden gesamtgesellschaftlichen Veränderungen. Fortschreitende Digitalisierung führt unter den jetzigen Bedingungen zu einer Verlagerung von Arbeit zu Kapital. Ob Roboter oder Algorithmen; immer mehr Arbeitsplätze werden durch die Digitalisierung in automatisierte, computergesteuerte Prozesse umgewandelt. Dabei sind weite Teile der sozialen Sicherungssysteme auf dem Stand der 1970er Jahre.

Abzusehen ist heute schon, dass in der Phase des Übergangs in die durchweg digitalisierte Lebenswirklichkeit mindestens ein Drittel aller herkömmlichen Arbeitsplätze, so wie wir sie bisher gekannt haben, vom Wegfall bedroht sind. Dies betrifft nicht nur Beschäftigungsverhältnisse mit simplen Tätigkeiten, sondern auch Arbeitsplätze von vermeintlich höher und hoch qualifizierten Menschen. Aktuell ist die öffentliche Hand mit dem gegenwärtigen Steuersystem und der

Sozialversicherung überhaupt nicht vorbereitet auf die exponentiell wachsenden technologisch Umwälzungen und deren revolutionierenden Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur in NRW, der Bundesrepublik und der ganzen Welt. Mit dem Einzug

der "Künstlichen Intelligenz" in alle Lebensbereiche werden in den nächsten Jahren sämtliche Strukturen im sozialen Sicherungssystem in Frage gestellt.

Die Besteuerung des Faktors Arbeit wird nicht mehr ausreichen, um die nötigen Mittel aufzubringen, um eine lebenswerte Welt mit sozialer Teilhabe bis ins hohe Alter zu gewährleisten.

DIE DIGITALISIERUNGSDIVIDENDE NUTZEN

Dabei könnten die notwendigen Steuermittel durchaus generiert werden. Dafür muss wieder zum Prinzip der Einheitlichkeit der Besteuerung zurückgekehrt werden. Das bedeutet insbesondere die Rücknahme jeglicher Privilegien bei der Besteuerung von Kapitalerträgen sowie die Bekämpfung des Ausnutzens von Steuervermeidungsstrategien.

Außerdem muss der Bedeutungsgewinn von immateriellen im Verhältnis zu materiellen Gütern innerhalb des Produktionsprozesses auch im Steuer- und

Sozialsystem seinen Niederschlag finden. Eine Wertschöpfungsabgabe wäre ein erster Schritt, um hin zu einer auskömmlichen Finanzierung der öffentlichen Hand über die Abschöpfung einer "Digitalisierungsdividende" zu kommen.



WIRTSCHAFT

DAS BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN EINFÜHREN

Wir brauchen eine Antwort auf diese Entwicklung bevor unsere Gesellschaft, wie wir sie heute kennen, auseinanderbricht. Neben der immer weiter aufgehenden Schere bei der Einkommensverteilung wird es in Zukunft darum gehen, wie wir die enormen Effizienzsteigerungen aufgrund der Digitalisierung von Arbeit sinnvoll zum Wohle der Gemeinschaft einsetzen.

Wir wollen die Digitalisierungsdividende nutzen, um ein sozial gerechtes Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) zu finanzieren. Nur mit dieser Kombination an konkreten Maßnahmen kann Nordrhein-Westfalen mittel- bis langfristig für die Menschen lebenswert bleiben.



DIGITALE INFRASTRUKTUR FÜR ENTWICKLUNG UND TEILHABE

Die Entwicklung einer leistungsfähigen und flächendeckenden digitalen Infrastruktur ist für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen von entscheidender Bedeutung im digitalen Zeitalter. Gesellschaftliche Teilhabe, die Attraktivität des ländlichen Raums sowie die Umstellung auf digitale Wertschöpfung hängen direkt von der Existenz eines schnellen Netzzugangs ab.

Wir haben den ersten Antrag zum Breitbandausbau in den Landtag gebracht, damit ein bedeutendes Themenfeld erfolgreich platziert und immer wieder neue Meilensteine gesetzt. Im Wirtschaftsausschuss ist es das vermutlich am häufigsten adressierte Thema in der Legislaturperiode.

Bereits Anfang 2013 wollten wir wissen,

wie die Landesregierung die Breitbandversorgung voranbringen möchte, und haben einen konkreten Fahrplan eingefordert. Mit vollem Erfolg: Die Sachverständigen haben einstimmig den Handlungsdruck bestätigt. Leider wurde der Antrag letztendlich abgelehnt – mit Konsequenzen bis heute. Denn es ist absehbar, dass die Landesregierung ihre Ziele bis 2018 verfehlen wird.

Mit einem weiteren Antrag haben wir als einzige Fraktion ein wichtiges Thema angeprangert, das den Glasfaserausbau konterkariert: die Entscheidung der Bundesnetzagentur Vectoring-Monopole zu erlauben.

SCHUTZ VOR WIRTSCHAFTSSPIONAGE

Nach den Enthüllungen von Edward Snowden über die elektronische Massenüberwachung ausländischer Geheimdienste, haben wir uns im Wirtschaftsausschuss für Aufklärung eingesetzt: In welchem Umfang sind auch nordrhein-westfälische Unternehmen betroffen und wie kann man sie vor



Wirtschaftsspionage schützen? Zudem haben wir die Landesregierung und den Verfassungsschutz NRW darin erinnert, dass sie einen Schutzauftrag besitzen.

Bis heute ist das Problem ungelöst. Nach Angaben des Innenministers haben einfach keine belastbaren Erkenntnisse vorgelegen. Presseberichte weisen hingegen sehr wohl darauf hin, dass staatliche Stellen von der Wirtschaftsspionage wussten bzw. kooperiert haben.

Die Mehrheit im Landtag konnte sich nicht dazu durchringen, Aufklärung zu fordern und für eine Ächtung von Wirtschaftsspionage – zumindest unter westlichen Geheimdiensten – einzutreten. Obwohl die Forderungen Selbstverständlichkeiten darstellen und sich mehrere Parteien auf Bundesebene ähnlich geäußert haben (z. B. Grüne), gab es eine parlamentarische Blockade im Landtag zu Ungunsten der Unternehmen in NRW. Wie die Anhörung ergeben hat, richtet Wirtschaftsspionage jährlich einen Schaden in Milliardenhöhe an.

PIRATENFRAKTION ALS TREIBER FÜR DIE DIGITAL- UND KREATIVWIRTSCHAFT SOWIE DEN BREITBANDAUSBAU

Wir haben uns seit Beginn der Legislaturperiode an verschiedenen Stellen immer wieder für mehr Engagement der Landesregierung in den Bereichen Breitbandausbau, digitale Wirtschaft und Kreativwirtschaft ausgesprochen. In der Nachschau wird klar: Im Laufe der Legislaturperiode haben alle drei Bereiche eigene Titelgruppen im Haushaltsplan bekommen und ihre Mittel wurden aufgestockt.

Uns gehen die Initiativen nicht weit genug, aber der Anfang wurde gemacht!

DIGITALE AGENDA

FREIFUNK

ANPACKEN – ABER RICHTIG!

Im Sommer 2014 hat die Bundesregierung ihre digitale Agenda beschlossen. Wir haben daraufhin eine eigene parlamentarische Initiative gestartet, um zu zeigen, was gute Digitalpolitik ausmacht. Unser Antrag formuliert konkrete Maßnahmen, im Gegensatz, zum Etikettenschwindel der Bundesregierung.

Unser Antrag: "Digitale Agenda": Die deutsche Bundesregierung ist noch immer nicht im digitalen Zeitalter angekommen! (Drs. 16/6678)

Freie Netze werden von immer mehr Menschen in Eigenregie aufgebaut und gewartet. Jeder Nutzer im Freifunk-Netz stellt seinen WLAN-Router für den Datentransfer der anderen Teilnehmer zur Verfügung.

Im Gegenzug kann er oder sie ebenfalls Daten, wie zum Beispiel Text, Musik und Filme über das interne Freifunk-Netz übertragen oder über von Teilnehmern eingerichtete Dienste im Netz chatten, telefonieren und gemeinsam Onlinegames spielen.

Deshalb hat die Piratenfraktion im Landtag immer wieder das Thema Freifunk aufgegriffen und mit mehreren Initiativen im Parlament einiges erreicht.

So heißt es im gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und Piraten: "Die Grundidee von Freifunk basiert darauf. solche Netze nicht nur als getrennte Internet-Einwahlknoten zu nutzen. sondern untereinander zu verbinden und zu einem Bürgernetz zusammenzuschließen.

> So entsteht ein eigenes lokales Netz, in dem der Datenverkehr über alle beteiligten Stationen wandern kann. Mit dem Internet verbunden wird es unter anderem, indem Bürger ihren Anschluss zur Verfügung stellen und einen Teil der oft ungenutzten Bandbreite abgeben."

Wir haben uns für eine Unterstützung dieser Freifunkidee eingesetzt und haben es erreicht, dass die Landesregierung sich für eine Gemeinnützigkeitsanerkennung der Freifunkvereine eingesetzt hat.

Kommunen wie Arnsberg haben in NRW eine Vorreiterrolle eingenommen und versorgen mit Freifunk die Innenstadt mit kostenlosem freien WLAN.



NETZNEUTRALITÄT

Netzneutralität bezeichnet die grundsätzliche Gleichbehandlung aller Datenpakete unabhängig von Inhalt, Dienst, Anwendung, Herkunft oder Ziel (Best-Effort). Netzneutralität war bislang essenzieller Bestandteil des freien und innovativen Internets. Die technische Entwicklung der vergangenen Jahre hat zu einer deutlichen Veränderung der Angebote im Internet geführt. Insbesondere kapazitätsintensive Angebote wie Videoportale und Internettelefonie verzeichnen starke Zuwachsraten. Netzwerkmanagement kann unter Umständen technisch notwendig und auch im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher sein. Netzwerkmanagement darf jedoch nicht zu einer Verdrängung des bisherigen Best-Effort-Internet führen.

Ebenso muss verhindert werden, dass einzelne Anwendungen durch die Provider blockiert oder verhindert werden, also eine Inhaltskontrolle durch die Provider stattfindet. Hierzu bedarf es eines gesetzlichen Rahmens, damit Fehlentwicklungen von vornherein verhindert werden können.

Ende April 2013 gab die Deutsche Telekom eine Reform ihrer Datentarife bekannt, mit der die bisherigen DSL-Flatrates abgeschafft und durch Datenvolumentarife ersetzt werden. Nutzerinnen und Nutzern, die dieses Kontingent verbraucht haben, wird die Zugangsgeschwindigkeit auf 384 kbit/s abgesenkt.



Dies ist insbesondere mit Blick auf die digitale Teilhabe problematisch, da viele der heute weit verbreiteten Dienste mit einer solchen Geschwindigkeit kaum nutzbar sind.

Wir Piraten haben die Praxis von Anfang deutlich kritisiert und auch SPD und Grüne dazu gebracht an ihrem Antrag deutliche Veränderungen vorzunehmen.

Das Thema ist immer mal wieder aufgekommen, weil gerade die Netzbetreiber sich immer wieder neue Modelle der Drosselung für Daten ausdenken. Das Thema wird solange aktuell sein, bis endlich echte Netzneutralität gewährleistet wird. Das kann es nur auf europäischer Ebene geben.

INTERNETMINISTERIUM

Was wäre die digitale Revolution ohne eine Stelle die alle Aktivitäten politisch steuert? Aktuell ist es in Nordrhein-Westfalen so, dass unterschiedliche Ministerien mit der Bewältigung der Digitalisierung befasst sind.

Das dies nicht zielführend ist hat die Piratenfraktion immer wieder vorgetragen, denn nur ein eigenes Internetministerium kann alle politischen Handlungsfelder thematisch bündeln. Zentrale Herausforderungen der Digitalisierung wie der Breitbandausbau, die Stärkung von Medienbildung und Digitalem Lernen, Datenschutz, sowie OpenGovernment und E-Government werden teils gar nicht, teils nur ansatzweise oder verspätet angegangen. Nur mit einem Internetministerium und einem parlamentarischen Ausschuss können die Chancen der Digitalisierung für alle Menschen genutzt werden.

Diese Forderung wurde dann auch von anderen Fraktionen übernommen, aber mehr als Ankündigungen wurden bisher nicht ausgesprochen. Deshalb bleibt die Forderung ein Ministerium "Digitale Gesellschaft, Vernetzung, Datenschutz und Breitbandausbau" zu schaffen weiterhin bestehen.

OPEN ACCESS

FREIER ZUGANG ZU WISSEN

Wir haben das Thema Open Access wiederholt in die Landespolitik gebracht, zahlreiche Gespräche mit Universitäten und Instituten geführt, parlamentarische Initiativen gestartet und Anhörungen initiiert.

Die Auswertungen im Forschungsausschuss zeigten anschließend eine hohe Relevanz und Handlungsbedarf vor allem bezüglich Open Access an den Hochschulen.

Der freie Zugang zu wissenschaftlicher Literatur ist hier besonders notwendig. Im rot-grünen Hochschulzukunftsgesetz von 2014 ist die aktive Open Access-Förderung dennoch nicht enthalten.



DIGITALER KOMPASS

BÜRGERBETEILIGUNGSPROJEKT 2016/2017 DER PIRATENFRAKTION IM LANDTAG NRW

Die digitale Revolution wird unser Leben und Zusammenleben grundlegend verändern. Unser Land nutzt bisher noch nicht annähernd die Chancen des digitalen Zeitalters (z. B. zur Information über und Beteiligung der Bürger an öffentlichen Angelegenheiten). Und wir treten ihren Gefahren (z. B. durch Datensammlung oder Massenüberwachung) noch nicht annähernd wirksam genug entgegen.

Wir wollen die digitale Revolution zum Wohle der Menschen gestalten und keine bloße "Industrie 4.0". Dafür schlagen wir eine Reihe von konkreten Maßnahmen vor, die unser Land umsetzen soll. Jeder Mensch soll vier grundlegende Rechte in der Informationsgesellschaft haben: Transparenz, Teilhabe, Datenschutz und Bürgerbeteiligung.

Der "DIGITALE KOMPASS" ist unsere Vision, um die digitale Zukunft Nordrhein-Westfalens aktiv zu gestalten. Er entstand unter Beteiligung der Menschen in NRW, die online und auch vor Ort beim Workshop in Köln geholfen haben, den Digitalen Kompass mit Leben zu füllen. Hier sind die erarbeiteten Forderungen im Einzelnen:

www.digitaler-kompass.de/gestalte-die-digitale-revolution-in-nrw/

BILDUNG TRANSPARENZ UND KOMPETENZ **SCHULEN IN DER DIGITALEN WELT GEFLÜCHTETENHILFE OPEN GOVERNMENT OPEN DATA GIGABIT-STRATEGIE** *PFLICHTFACHINFORMATIK #FAHRSCHEINFREI FREIE BILDUNGSMATERIALIEN FÜR ALLE SCHAFFEN BETEILIGUNGSPORTALE FREIE NETZE FÖRDERN **GLASFASER STATT TELEKOM-MONOPOLE DIGITALE ARBEITSWELT GESTALTEN VOTEZILLA** IIII W IIII

KURIOSES AUS DEM PARLAMENT

Manchmal sind es die kleinen, verrückten Anträge, Reden und kleinen Anfragen, die dem parlamentarischem Betrieb die nötige Würze bescheren. Hierbei hat sich die Piratenfraktion als wahres Kreativzentrum entpuppt.

DAS DUNKLE INTERNET DER DINGE

In Russland sollen in Elektrogeräten chinesischer Herkunft WLAN-Chips entdeckt worden sein, welche die Funktion haben, Computer über unverschlüsselte Drahtlos-Netzwerke mit Malware zu infizieren. Bei den entdeckten elektronischen Zombie-Geräten handele es sich nicht nur um komplexe Geräte wie Mobiltelefone und Armaturenbrett-Kameras, sondern auch um simple Haushaltsgeräte wie Wasserkocher und Bügeleisen.

Vor diesem Hintergrund hat unser Abgeordneter Daniel Schwerd eine Kleine Anfrage gestellt.

Der einzelne Zombie-Wasserkocher sei hierbei äußerlich völlig unauffällig. Um sein unheilvolles Werk zu verrichten, verbinde sich das präparierte Gerät drahtlos per WLAN mit vorhandenen offenen Netzwerken in bis zu 200 Meter Reichweite, um darin befindliche Computer zu infizieren. Diese Computer können dann beispielsweise für den Versand von Spam-Mails verwendet werden, aber auch andere Spionageangriffe sind denkbar.

Geräte wie Wasserkocher werden oftmals in Büros von Unternehmen, Ämtern und Behörden eingesetzt, womit potenziell auch Firmennetzwerke sowie Netzwerke der öffentlichen Verwaltung betroffen sein können. Wasserkocher und Bügeleisen finden beispielsweise in Hotels Verwendung, in denen dann die Hotelnetzwerke angegriffen werden können. Grundsätzlich sind aber sämtliche Netzwerke gefährdet, die sich in WLAN-Reichweite eines dieser Geräte befinden.

Das war 2013. Inzwischen warnt das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik vor Daten sammelndem Kinderspielzeug und hat eine Vernichtung solcher Spionagetechnik im Kinderzimmer angeordnet.

Told you so.

REDE IN REIMFORM ZUR DIGITALKOMPETENZ DER CDU

Die CDU brachte einen Antrag ein, der die Einführung von einheitlichen Matrikelnummern für Studierende forderte. Dieser Antrag wurde in den Ausschuss und Plenarberatungen von allen anderen Fraktionen in der Luft zerrissen, weil er absurd war.

Der wissenschaftspolitische Sprecher unserer Fraktion, Joachim Paul, erlaubte sich frei nach Johann Wolfgang in der Plenarsitzung zum Thema seine lyrischen Gedanken zu diesem Antrag zu Gehör zu bringen. Wir haben den Text hier aus dem Protokoll abgedruckt:

Das also ist des Pudels Kern. / Der Kasus macht mich lachen. /

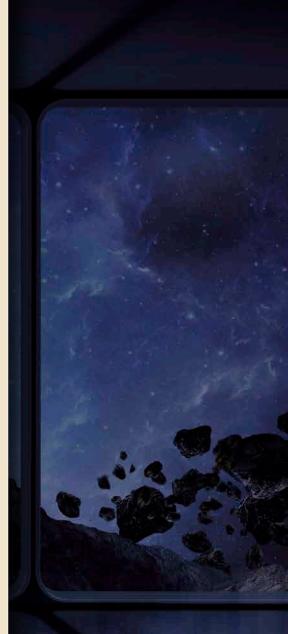
Da reiten hinaus der Union ihre Recken / von ihrer schwarzen Burg, das Neuland entdecken. /

Voran Ritter Berger von der langen Gestalt, / seine Hände er in die Mähne krallt /

von seinem Zossen, den er Rosi nannte. / Und aus Berlin winkt fröhlich Angie, die Tante. /

(...)
Nun schließ ich das Kapitel der Reimerei /
und ende ganz friedlich mit leisem: Auwei! //

Ich denke, es ist klar geworden: Wir werden den Antrag ablehnen. – Danke.



HIER ZUM VIDEO MIT DER GANZEN REDE





TRANSPARENZ UND WHISTLEBLOWING

Die kleinen und großen Anfragen der Piratenfraktion haben immer wieder für Transparenz gesorgt, u. a. bei der Lagerung und dem Transport von Atommüll, bei dem Einfluss der Bertelsmann-Stiftung oder der massenhaften Abfrage von Funkzellen in Handynetzen.

WHISTLEBLOWING

Die Piraten haben aufgedeckt, dass NRW im Geheimen Daten über Fußballfans sammelt (SKB) und V-Leute in der Fanszene einsetzt. Zudem haben wir deutlich herausgearbeitet, dass während der Ausund Fortbildung von Polizistinnen und Polizisten zu wenig Wissen über die Fankultur vermittelt wird.

GROSSE ANFRAGE BERTELSMANN – GROSSER SKANDAL

Wir haben eine Große Anfrage zu den Verbindungen zwischen der Bertelsmann-Stiftung und Landesregierung gestellt. Allein die Treffen zwischen Ministern und Stiftungsvertretern nehmen ganze 14 Seiten ein. Hinzu kommen noch sieben Seiten über Veranstaltungen, zu der die Stiftung eingeladen hat. Die Dunkelziffer ist allerdings noch viel höher, da "zu Treffen zwischen Mitgliedern der Landesregierung und Angehörigen einzelner Unternehmen, Stiftungen oder Familien" "keine gesonderte Geschäftsstatistik geführt" wird. Hier würde ein Lobbyregister, wie von uns gefordert, helfen.



Unser Antrag: "Lobbyismus Transparent machen – Einführung eines Lobbyregisters in NRW" (Drs. 16/11414)

Unser MdL Dr. Joachim Paul brachte in seiner Rede die enge Verquickung von Regierung und Stiftung auf den Punkt: "Laut der Landesregierung leistet die 100-prozentige Bertelsmann-Tochter Arvato nur "technischen Service" für die Ministerien. Die Arvato AG selbst brüstet sich auf ihrer Homepage aber damit, "80% aller eingehenden Bürgerkontakte fallabschließend" zu bearbeiten. Fallabschließend! Wer regiert hier eigentlich?"

Nach Durchsicht der Antwort der Landesregierung äußerten sich zwei angesehene Staatsrechtler sehr deutlich in der Rheinischen Post. Prof. Degenhart (Leipzig): "Die Landesregierung muss ihre Kooperation

CAUSA WARHOL

mit Bertelsmann generell überdenken (...). Es besteht das Risiko, dass partikulare Interessen über das Gemeinwohl siegen." Prof. Morlok (Düsseldorf): "Der Willensbildungsprozess muss demokratischen Prinzipien folgen und darf niemandem Einfluss über Hintertreppen ermöglichen."

REKTORENGEHÄLTER

Durch eine Anfrage 2013 der Piraten wurden 2014 die massiven Gehaltserhöhungen und Gehälter für Uni-Rektoren transparent. Auch die Gehälter der Führungskräfte der Sparkassen wurden durch eine Anfrage der Piraten bekannt.

TRANSPARENTE UND AUTONOME HOCHSCHULEN

Wir fordern Transparenz und Nachvollziehbarkeit in der Mittelverwendung der Hochschulen. Die Hochschulen in NRW müssen unabhängig sein von Drittmitteln

Landtag Nordrhein-Westfalen

aus der Wirtschaft. Nur so kommen wir zu einer sinnvollen, demokratisch organisierten Selbstverwaltung der Hochschulen.

LIZENZBOXEN

Wir haben aggressiven "Steuervermeidungsmodellen" den Kampf angesagt und gefordert, gegen die ruinöse Steuerprivilegierung von Erträgen aus Lizenzen und Patenten vorzugehen – sogenannte "Lizenzboxen". Unser MdL Nicolaus Kern: "Profiteure in Milliardenhöhe sind internationale Großunternehmen wie Google, IKEA und Starbucks – zu Lasten des normalen Steuerzahlers." Die genannten Unternehmen versteuern nur einen Bruchteil der in Deutschland erzielten Gewinne auch in Deutschland. Das darf so nicht weiter gehen!

KULTURPOLITIK IN NRW MUSS DEN AUSVERKAUF VON KULTURGÜTERN VERHINDERN

Die Causa Warhol und die Folgen: Als der Betreiber des Spielcasinos in Aachen, die Westspiel, eine Tochter der landeseigenen NRW-Bank, zwei Bilder von Andy Warhol in New York versteigern lassen wollte, interessierte sich zunächst niemand in der Landespolitik dafür. Interesse bestand nur am erhofften Erlös der Auktion.

Man rechnete mit 120 Millionen Dollar. Die beiden großformatigen Siebdrucke "Triple Elvis" und "Four Marlons" wurden in den 70er bzw. 80er Jahren für die Ausstattung des Casinos angekauft. Zuletzt wurden sie nicht mehr öffentlich gezeigt, sie hingen wegen des enorm gestiegenen Wertes in einem Depot.

Erst unsere Pressemitteilung und ein Antrag gegen den Verkauf brachte den Vorgang in den Landtag und in die Öffentlichkeit. Wir befürchteten den Beginn des Ausverkaufs der landeseigenen Kunst um Haushaltslöcher zu stopfen. In Kreisen der öffentlichen Museen und Sammlungen wurde unsere Sichtweise geteilt.

Der Verkauf konnte letztendlich nicht mehr verhindert werden, der Erlös lag bei 151 Millionen Dollar.

Der Umgang mit Kunstbesitz landeseigener Gesellschaften hat sich jedoch seit dem verändert. Zuletzt hat das Land selbst 30 Millionen investiert um Kunst aus dem Besitz der Portigon, ehemals West LB, zu erwerben. Kunst, die einst von der landeseigenen Bank gekauft wurde, wird erneut vom Land gekauft, um sie endlich den Bürgern zurück zu geben.

Wir hoffen, dass es dabei bleibt.



FINANZIERUNG DER ATOMWIRTSCHAFT

Der THTR in Hamm/Uentrop wurde 1989 abgeschaltet, weil die Betreibergesellschaft den Reaktor nicht in den Griff bekam und große Probleme, z. B. die Kontaminierung der Umwelt im Mai 1986, wochenlang verschwieg.

Diese und ähnliche finanzielle Risiken sichtbar zu machen und eine hohe Transparenz der noch zu leistenden finanziellen Mittel für die Stilllegung des THTR 300 zu gewährleisten, dazu haben wir zahlreiche Anfragen und Anträge gestellt.

Die langfristige Finanzierung müssen die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen tragen. Da der Reaktor in Hamm ein staatlicher war. Die offizielle Stellungnahme sieht eine Finanzierung, aufgeteilt zwischen Bund und Land NRW, vor. Angeblich stehen bis 2017 dazu ausreichende Rücklagen bereit. Ob das stimmt, muss Ende 2017 geprüft werden. Wir müssen dranbleiben!



TRANSPARENZ VON ATOMTRANSPORTEN IN NRW

Jährlich fahren etwa 10.000 Transporte mit radioaktivem Material deutsche und nordrhein-westfälische Straßen.

Ein hohes Gefahrenpotenzial bergen neben den Transporten hochradioaktiver Abfälle diejenigen von Uranhexafluorid. (Urananreicherung/Urenco).

Ohne eine genaue und korrekte Transportstatistik ist eine Vorbereitung seitens der Behörden auf mögliche Transportunfälle unmöglich.

Wir sehen es als unverantwortlich an, lokale Rettungskräfte und Behörden nicht im Vorfeld über die Transporte zu unterrichten. Wir fordern für NRW eine verbindliche Melde- und Genehmigungspflicht für Gefahrguttransporte dieser Art.

Die Bevölkerung hat das Recht zu erfahren, wie die Landesregierung im Ernstfall mit den Risiken von Atomtransport umgeht.

Wir haben dazu nicht nur Daten über Atomtransporte angefordert sondern verlangen auch ein Gefahrgut-Informationssystem für Atomtransporte in Nordrhein-Westfalen einzurichten, in dem anstehende Atomtransporte, Art, Umfang, Datum, Dauer, Transportbehälter, Transportmittel, Speditionen und Transportroute, Rangier- und Umladeorte und konkrete Ladung verbindlich und dauerhaft dokumentiert und den örtlichen Rettungsdiensten zur Verfügung gestellt werden.

Da das gesetzlich leider nicht vorgeschrieben ist, ist es immer noch nicht umgesetzt. Unsere Anträge dazu wurden von allen Fraktionen im Landtag NRW abgelehnt!

LAGERUNG VON BRENNELEMENTEN IN JÜLICH OHNE RECHTLICHE GRUNDLAGE

In der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen JEN, werden seit 1993 die Brennelemente des im Jahre 1988 stillgelegten AVR-Versuchskernkraftwerks in 152 Transport- und Lagerbehälter der Bauart CASTOR THTR/AVR aufbewahrt.

Am 02.07.2014 hat das Wirtschaftsministerium mit der dritten atomaufsichtlichen Anordnung die unverzügliche Entfernung der Kernbrennstoffe aus dem AVR-Behälterlager angeordnet.

Geschehen ist bisher nichts. Daher haben wir den Bau eines Lagers nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft und Technik am Standort in Jülich gefordert.

Eine Anhörung dazu hier im Landtag offenbarte die Hilflosigkeit der Landesregierung. Sie selbst kann angeblich nichts machen, die JEN prüft und prüft jetzt schon seit Jahren ohne Ergebnisse. Die Kosten werden zu einem Drittel vom Land NRW und zu zwei Dritteln vom Bund getragen. Ein Ende ist nicht in Sicht.





#JÄGERMUSSWEG

Seit Beginn der Legislaturperiode war Innenminister Ralf Jäger (SPD) immer wieder im Fokus der öffentlichen Kritik der Opposition im Landtag. Sicherlich gibt es angenehmere Jobs in der Landesregierung als Minister für Inneres und Kommunales, aber die Frage muss erlaubt sein, warum ein "Unsicherheitsfaktor" für die Innere Sicherheit zuständig ist.

SCHANDE MIT SYSTEM

Die Piratenfraktion hat auf Twitter unter #Jägermussweg immer wieder die Pannen des Ministers aufgearbeitet und damit für Transparenz in innenpolitischen Fragen

gesorgt. So wurden der Blocksturm auf Schalke, die Vorfälle um HoGeSa und als "Schande mit System" u.a. der Missbrauch in der Asylunterkunft Burbach im Parlament thematisiert. Dieser Innenminister hat insgesamt parlamentarische Untersuchungsausschüsse mitzuverantworten und damit ist klar, dass der Ausdruck "politische Verantwortung" für den Duisburger anscheinend ein Fremdwort ist.



PRÄVENTION STATT IMMER MEHR ÜBERWACHUNG

Trauriger Höhepunkt der Serie ist der Fall des Mörders Anis Amri. "Beobachten und abwarten" war nicht nur die Devise des Innenministers, sondern auch die der Sicherheitsbehörden von Land und Bund.

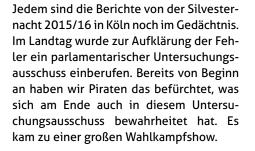
Mehr Überwachung und hunderte neue Stellen für Verfassungsschutz und LKA war hier die einzige Antwort zum Umgang mit neueren Phänomenen des politischen Extremismus wie dem gewaltbereiten Salafismus.

Auch wenn der Landtag die frühen Anregungen Piratenfraktion aufgegriffen hat und im März 2015 die Landesregierung mit der Erstellung Präventionskonzeptes gegen gewaltbereiten Salafismus beauftragt hat, so bringt das gar nichts, wenn es bis zum Frühjahr 2017 noch nicht einmal vorgelegt wurde! Das Abwarten hat schliesslich zu 12 Toten durch den Anschlag am Berliner Breitscheidplatz geführt.

PUA SILVESTER

ECHTE SICHERHEIT

Mit vielen Initiativen zur Verbesserung der Polizeiausbildung, zur Erfolgs- und Wirkungskontrolle bisheriger Maßnahmen und zur Einführung eines Polizeibeauftragten sowie zum Bestand der Polizeikräfte im ländlichen Raum hat die Piratenfraktion Vorschläge für eine Stärkung der Sicherheitsstruktur im Land gemacht. Sowohl der Landesregierung wie der Landtagsmehrheit war das nur Ablehnung wert. Nur "gefühlte Sicher-



Die anderen Parteien waren stets darum bemüht sich gegenseitig den schwarzen Peter zuzuschieben. In dieser Gemengelage ist es uns allerdings gelungen eine Sonderstellung einzunehmen. Wir Piraten konnten immer wieder die anderen Parteien und auch die Presse davon überzeugen einen Schritt zurück zu treten und sich die Situation ein wenig neutraler anzuschauen.

Ohne die Anwesenheit der Piraten im Untersuchungsausschuss Silvester wäre es sicherlich nicht zu so guten Ermittlungsergebnissen gekommen. Uns ist es zu verdanken, dass auch der Opferschutz eine Rolle spielte und nicht wie von den anderen gewünscht eines der Opfer aussagen musste.

Wir konnten immer wieder den Fokus auf die tatsächlichen Vorgänge lenken. Und so lobten bereits nach kurzer Zeit große Teile der Presse unsere an sachlicher Aufklärung orientierte Arbeit.





Bei Fußballspielen kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Fangruppierungen und leider auch zu Ausschreitungen. Vieles wäre vermeidbar, aber die Kommunikation ist schwierig und viele Fans fühlen sich durch verdachtsunabhängige Personenkontrollen und das Aussprechen von Aufenthaltsverboten seitens der Polizeikräfte schikaniert. Die große, friedliche Mehrheit der Fans leidet massiv darunter.

KEINE KOLLEKTIVE KRIMINALISIERUNG

Bevor die Piraten 2012 in den Landtag einzogen, gab es so gut wie keinen Dialog zwischen der Politik und den Fußballfans. Die Piratenfraktion im Landtag NRW änderte das und setzte sich mit Ultras und Fanprojekten an einen Tisch, um die Situation in den Stadien aus der Sicht der Fußballfans zu diskutieren und so Lösungsansätze gegen die zunehmende Repression durch die Polizei zu entwickeln. Die Fans berichteten übereinstimmend: Ultras fühlen sich oft ungerechtfertigt kriminalisiert.

Ein repressives polizeiliches Instrument ist z. B. die Datei "Szenekundige Beamte" (kurz SKB-Datei). Diese Datei war lange geheim. Keiner wusste davon. Nachdem die Piratenfraktion sich hartnäckig für mehr Transparenz im Umgang mit der Datei eingesetzt hat, legte der Landtag im März 2017 eine Informationspflicht für die Polizei fest. Damit werden die Rechte von Fußballfans endlich gestärkt und jeder, der zurecht oder zu Unrecht, gespeichert wurde, muss nun über diesen Umstand informiert werden.

FINANZIELLE SICHERSTELLUNG DER ARBEIT DER FANPROJEKTE IN NRW

Unter Einbeziehung der Bundesarbeitsgemeinschaft für Fanprojekte und von Interessenvertretungen von Fans haben wir für die Fortschreibung des Nationalen Konzepts Sicherheit und Sport (NKSS) wichtige Verbesserungen gefordert. Unser Schwerpunkt lag auf der weiteren Bereitstellung der finanziellen Mittel und der besseren Ausstattung der Koordinierungsstelle Fanprojekte.

Für die Arbeit der Fanprojekte soll der bereits 1993 empfohlene Stellenschlüssel von drei Vollzeitstellen plus Verwaltungskraft endlich realisiert und gegebenenfalls im Hinblick auf die aktuellen Anforderungen erhöht werden. Das Prinzip der drei Förderer DFB, Kommunen und Bundesland, soll beibehalten werden. Wir werben für eine Wertschätzung der Fankultur und deren

Förderung!

Wir Piraten haben uns immer eindeutig gegen rechtsextreme Tendenzen gewandt. Wir haben uns auch durch Anschläge und Drohungen nie einschüchtern lassen. Wir beteiligen uns an Aufklärung über und Aktionen gegen Rechts.

Wir haben als Erste die Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses NSU gefordert und durch entschlossene Hartnäckigkeit die anderen von der Notwendigkeit überzeugt. Ohne uns und besonders MdL Birgit Rydlewski hätte es im Landtag NRW keinen PUA NSU gegeben. Leider wurde der Abschlussbericht auf politischen Druck der Landesregierung sehr stark gekürzt.

Konkrete Lerneffekte gab es bei der Landesregierung noch nicht, denn Rechte Gewalt nimmt immer mehr zu. Sie ist nicht immer so dramatisch und im Fokus der Öffentlichkeit wie beim NSU-Mord in Dortmund oder dem Nagelbomben-Anschlag in der Keupstraße. Es gilt deshalb weiterhin, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, auch den "kleinen" Alltagsrassismus, offensiv zu bekämpfen, darüber aufzuklären. Straftaten zu ahnden und ihn nicht zur Normalität werden zu lassen. Jeder einzelne Anschlag auf Geflüchtete ist inakzeptabel.

Der Kampf gegen Rechts geht weiter.



VIDEOÜBERWACHUNG

Wir Piraten haben uns im Landtag intensiv mit den Themen des Datenschutzes und der informationellen Selbstbestimmung beschäftigt. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass sich Menschen frei und unbeobachtet durch Nordrhein-Westfalen bewegen können. Ein Leben unter den Augen von Überwachungskameras lehnen wir ab, eine freie Gesellschaft braucht unbeobachtete öffentliche Räume, um sich entfalten zu können.

Während die Landesregierung Videokameras an öffentlichen Plätzen, im ÖPNV, in Einkaufszentren, Bahnhöfen und öffentlichen Gebäuden immer weiter ausgebaut und finanziert hat, haben wir im Landtag gegen die zunehmende Videoüberwachung Position bezogen. In zahlreichen Anhörungen bestätigten die Sachverständigen unsere Position: Eine präventive Wirkung von Überwachungskameras ist bis heute nicht nachgewiesen. Täter lassen sich von Kameras nicht abschrecken, gleichzeitig wird aber die Bevölkerung in ihren Freiheitsrechten beschnitten.

Gerade auch die technische Entwicklung der Videoüberwachung und der Einsatz von Bodycams auf Versammlungen bereitet uns große Sorgen. Wenn Demonstranten damit rechnen müssen, mittels Gesichtserkennung auf einer friedlichen Versammlung durch den Staat erkannt und protokolliert zu werden, schränkt dies die Versammlungsfreiheit unverhältnismäßig ein. Eine freie und demokratische Gesellschaft kann es nur ohne Massenüberwachung geben.

KAMERAS NICHT GLEICH SICHERHEIT

Wir haben uns als Piratenfraktion immer für evidenzbasierte, also nachgewiesen wirksame Sicherheitspolitik stark gemacht. Es sollten nur geeignete Maßnahmen umgesetzt werden, die den Grundrechtsschutz nicht unverhältnismäßig einschränken. So kann Kriminalprävention viel besser durch mehr Polizeikräfte, besser beleuchtete und offen gestaltete Plätze erreicht werden, als durch Kameras.

Aufsichtsbehörde, sowie mit Anträgen zur Einführung eines Kameraregisters versucht einzugrenzen.

Außerdem haben wir als Piraten im Landtag gefordert, dass alle bereits bestehenden Überwachungsmaßnahmen evaluiert und ganzheitlich betrachtet in ihrer Gesamtheit einer Grundrechtsprüfung unterzogen werden und eine Überwachungsgesamtrechnung erstellt wird.







ENQUETE ÖPNV

UNSERE ENQUETEKOMMISSION ZUR FINANZIERUNG, INNOVATION & NUTZUNG VON BUS UND BAHN

Im Sommer 2014 haben wir einen Antrag zur Einrichtung der Enquetekommission "Finanzierungsoptionen des öffentlichen Personenverkehrs in Nordrhein-Westfalen im Kontext des gesellschaftlichen und technischen Wandels" gestellt. Während der zweijährigen Arbeitszeit der Enquete bis Januar 2017 wurden mehr als hundert Experten gehört, drei Gutachten gefertigt, ein Bericht erstellt und zusammen mit anderen Fraktionen Leitsätze und Handlungsempfehlungen formuliert, die nun für alle beteiligten Fraktionen mindestens den Status einer konkreten Selbstverpflichtung haben.

Wir Piraten haben uns intensiv für eine moderne Verkehrswende und eine neue Prioritätensetzung in der Verkehrspolitik eingesetzt. Busse und Bahnen stehen für uns im Mittelpunkt aller Zukunftsszenarien für eine bessere Mobilität für alle Verkehrsteilnehmer. Stau und Sanierungsstau wurden von einer jahrzehntelang falschen Verkehrspolitik erschaffen und lassen sich mit "weiter so" nicht lösen.

Die Landesregierung sieht allerdings bis heute in der Verkehrspolitik keinen Schwerpunkt ihrer Arbeit. Neben schöner Worte gab es keine Taten.

Wir wollten innovative Finanzierungsoptionen und neue Wege für den öffentlichen Nahverkehr und die Verkehrspolitik breit unter allen Akteuren und Entscheidern bekannt machen und eine politische Fachdebatte starten. All dies ist uns mit der Enquetekommission gelungen.

Viele Empfehlungen der Enquete von Regionalbuslinien bis zum Abbau des Tarifdschungels sind bereits auf dem Weg in die Praxis. Wir konnten sogar auf den Weg bringen, dass Kommunen sukzessive die Möglichkeit erhalten, selbst Instrumente für die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs einzusetzen.

Einige von anderen Fraktionen noch mit Skepsis betrachtete Instrumente können zumindest in Modellprojekten untersucht werden. Ganz aktuell: Der VRR hat #fahrscheinfrei nach der Enquete aufgegriffen und seine Verwaltung beauftragt, dies zu untersuchen.



VERKEHRSWENDE

BUS UND BAHN FAHRSCHEINFREI

Politisches Alleinstellungsmerkmal der Piratenfraktion ist das Konzept des fahrscheinfreien öffentlichen Nahverkehrs in Form eines Bürgertickets.

Diese Idee wurde von der Enquetekommission sehr intensiv geprüft und als einziges Instrument sogar juristisch bewertet. Die Erkenntnisse aus der Kommission haben wir mit einer konkreten Umsetzungsstudie zu "Bus und Bahn fahrscheinfrei" durch die tjm-consulting mobilitätsmanagement (Köln) und der Arbeit an eigenen Konzepten ergänzt. Heute können wir sagen, dass der fahrscheinfreie Nahverkehr nicht nur eine intelligente Idee zur Lösung unserer Verkehrsprobleme ist.

Bus und Bahn fahrscheinfrei ist auch umsetzbar und wird funktionieren. Der nächste Schritt ist nun, dies in intensiven

Die ersten Beiträge und Anträge unsererseits zum Thema wurden noch belächelt und ignoriert, doch spätestens nach den von uns beantragten Anhörungen von Experten, mussten zunehmend mehr Abgeordnete der anderen Parteien die Dringlichkeit, Wichtigkeit

und langfristigen Modellprojekten zu erproben. Der entsprechende Antrag wird unsere letzte parlamentarische Initiative in dieser Legislaturperiode sein, aber sicher in der nächsten Früchte tragen.

Wer sich für das Thema interessiert, findet hier Hintergrundinformationen und Materialien: www.fahrscheinfrei.de

AUTONOMES FAHREN

Autonomes Fahren wurde von uns verstärkt ab 2015 aufgegriffen. Noch kann die Politik mitgestalten, wenn es darum geht, dass neue Technologien und Marktteilnehmer die Mobilität der Menschen in NRW völlig auf den Kopf stellen werden. Es geht darum, dass nicht nur einige wenige Menschen von den neuen Technologien profitieren, beispielsweise weil sie sich ein autonom fahrendes Auto leisten können, sondern dass der technische Fortschritt wie der des autonomen Fahrens als erstes im öffentlichen Nahverkehr zum Einsatz kommt und dort auch erprobt und etabliert wird. Hier muss die Landesregierung tätig werden!

und Brisanz eingestehen. Wir haben in diesem Themenbereich mehrere Anträge eingebracht sowie Anhörungen initiiert und dürfen hoffen, dass die Mühe in der nächsten Legislaturperiode Früchte trägt.

NRW BRAUCHT EIN LANDESLUFTVERKEHRSKONZEPT

Ähnlich unnachgiebig, beharrlich und nervig waren wir mit der Forderung nach einem NRW-Landesluftverkehrskonzept, nachdem die bisherige Luftverkehrskonzeption mit Daten aus den 90er Jahren restlos veraltet ist.

Rot-Grün konnte sich auf keine Linie zu den NRW-Flughäfen einigen und hat es geschafft, fünf Jahre lang eines der relevantesten Themen für NRW einfach ungeplant laufen zu lassen.

An dieser Stelle steht unseren steten Bemühungen kein Erfolg gegenüber. Warum gehört es dann in die Rubrik unserer besten Arbeit? Weil unsere Arbeit dennoch wichtig war und in der nächsten Legislaturperiode darauf zurückgegriffen werden muss.

Sollten wir wieder in der Opposition einer rot-grünen Regierung sein, wird eine unserer ersten politischen Initiativen sein, hier den Druck massiv zu erhöhen. Weitere fünf Jahre Stillstand wären fatal!



SCHULPOLITIK

BESSERE BILDUNG FÜR DIE DIGITALISIERTE WELT

Mit verschiedenen Initiativen zur Lehrerausbildung und zu Datenschutz an Schulen haben wir die Debatte für eine zeitgemäße Schulbildung in der digitalisierten Welt vorangetrieben. Unsere zentrale Forderung ist die Einführung des Pflichtfachs Informatik, um den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden. Ein sichtbarer Erfolg ist dabei die personelle Verstärkung der Medienberater für Schulen.

Medienberater in den Kompetenzteams

Aufgrund von Erkenntnissen aus der Anhörung am 24.09.2014 zu unserem Antrag "Bildungsinnovation 2020 - Chancen der Digitalisierung für die Bildung nutzen" (Drs. 16/4435) haben wir im Haushaltsverfahren für den Landeshaushalt 2015 mehr Stellen für die Medienberatung der Kompetenzteams gefordert, um die Schulen durch Fortbildungen und Beratung bei der Weiterentwicklung des Lernens mit Medien besser zu unterstützen. Dieser Antrag wurde durch die anderen Fraktionen abgelehnt. Mit dem Regierungsentwurf für den Haushalt 2016 wurden hierfür dann 30 Stellen zusätzlich für Fachberater im Bereich Medien eingerichtet.

Learn:line

In Folge der Anhörung zu unserem Antrag "Freie Lernmaterialien fördern" (Dr. 16/1253) am 13.03.2013 konnten wir mit einem Änderungsantrag zum Haushalt 2013 (Drs. 16/2341) die Bereitstellung von Mitteln für die Weiterentwicklung des Fortbildungsportals learn:line NRW im Landeshaushalt 2013 und 2014 erreichen.

Tablet statt Taschenrechner

Nach dem Sachverständigengespräch zu unserem Antrag "Offene Softwarelösung für den Mathematikunterricht als Alternative zu Edeltaschenrechnern prüfen und erproben" (Drs. 16/4813) am 19.03.2014 hat das Ministerium für Schule und Weiterbildung mit einem Ergänzungserlass den Einsatz von Softwarelösungen als



Alternative zu grafikfähigen Taschenrechnern in den allgemeinbildenden Schulen grundsätzlich erlaubt. Leider können aufgrund der hohen Anforderungen, die hierfür gestellt werden, bislang nur sehr wenige Schulen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

KRITIK AM TURBO-ABI

Wir setzen uns für mehr Zeit für Bildung und Persönlichkeitsentwicklung für die Schülerinnen und Schülern an den Gymnasien ein. Deshalb wollen wir das Turbo-Abi (G8) abschaffen und den neunjährigen Bildungsgang auch am Gymnasium (G9) wieder zur Regel machen. Wir haben als einzige Fraktion im Landtag die Volksinitiative "G9 jetzt in NRW" unterstützt.

WERBUNG UND SPONSORING AN SCHULEN PROBLEMATISIERT

An unseren Schulen müssen die Kinder und Jugendlichen zuverlässig vor Werbung und interessengeleiteter Einflussnahme geschützt werden. Dazu ist beim Einsatz kostenloser Lernmaterialien und bei Schulsponsoring sorgfältig zu prüfen, ob dies gewährleistet ist. Aufgrund verschiedener aktueller Fälle, haben wir Werbung und Sponsoring an Schulen zum Thema im Landtag gemacht und so einen Beitrag zur Steigerung des Problembewusstseins geleistet.

EINSATZ FÜR EINE BESSERE SCHULISCHE INKLUSION

Wir haben uns für bessere Rahmenbedingungen für das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung eingesetzt. Nach zahllosen Debatten, auch zu unseren Initiativen, hat die Landesregierung nun mehr Stellen für Sonderpädagogen für die schulische Inklusion zur Verfügung gestellt. Damit sind noch nicht alle Probleme gelöst, aber ein erster Schritt ist gemacht.

BEKENNTNISGRUNDSCHULEN

In Nordrhein-Westfalen gibt es in einigen Kommunen nur Bekenntnisgrundschulen. Dies haben wir im Jahr 2013 mit einer Reihe von kleinen Anfragen herausgearbeitet und das Thema auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschuss für Schule und Weiterbildung am 20.11.2013 gesetzt.

In der Folge haben die regierungstragenden Fraktionen nach längeren Beratungen mit den Kirchen das 11. Schulrechtsänderungsgesetz eingebracht, das die Anforderungen beim Verfahren zur Umwandlung von Bekenntnisgrundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen gesenkt hat. Anstelle der Zustimmung von zwei Dritteln der Eltern ist hierfür jetzt nur noch die Zustimmung der Mehrheit erforderlich.

GEFLÜCHTETE

Immer wieder Streitpunkt im Landtag war die Versorgung der Schulen mit Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern. Hierbei kam es zu einem unschönen Ping-Pong Spiel zwischen dem Land und dem Bund, welches immer wieder von SPD/Grünen und der CDU ausgefochten wurde.

Die Piratenfraktion hat schon zu Beginn der Debatte immer Wert darauf gelegt, dass die Interessen der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund stehen solten und es den Schulen egal ist, ob Bund oder Land die Schulsozialarbeit weiter finanziert. Erst auf den Druck der Piraten konnte sich die Landesregierung dazu durchringen einen großen Teil der Finanzierung zu übernehmen und den Kommunen dadurch Planungssicherheit geben.



Im November 2014 erklärte unser Abgeordneter Olaf Wegner dazu:

"Endlich hat Frau Ministerpräsidentin Kraft ein Einsehen! Wir weisen seit zwei Jahren im Landtag immer wieder auf die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit hin. In zahlreichen Anträgen haben wir immer wieder gefordert, dass die Schulsozialarbeit an den Schulen in NRW langfristig sichergestellt werden muss. Doch bislang lehnten die anderen Fraktionen mit Blick auf ihre parteitaktischen Spielchen unsere Piraten-Anträge ab – bis heute.

Heute geben sie uns inhaltlich recht und greifen in die Kasse. Also freuen wir uns über das deutliche Zeichen, das die Landesregierung heute setzt. Leider kommt diese Einsicht bei SPD und Grüne zu spät, um einen nahtlosen Fortbestand zu garantieren. Viele Schulsozialarbeiter haben sich bereits anderweitig auf dem Arbeitsmarkt umgeschaut, da ihre bisherigen Verträge zum Ende des Jahres auslaufen.

Wir hoffen, dass deswegen keine Versorgungslücken entstehen. Sollte dies der Fall sein, ist es allein dieser rot-grünen Verzögerungstaktik zuzuschreiben, dass Kinder auf der Strecke bleiben. Eines steht fest: dieses rot-grüne Weihnachtsgeschenk ist gut – kommt aber viel zu spät. Der Umgang mit der Schulsozialarbeit insgesamt ist verantwortungslos – das Vertrauen ist vielerorts zerstört."

MENSCHEN AUF DER FLUCHT ASYL GEWÄHREN

In unserem Parteiprogramm heißt es:

"Zuflucht zu gewähren vor politischer Verfolgung und den Folgen von Krieg und Bürgerkrieg gehört zu den elementaren

Verpflichtungen des Völkerrechts. Diese Pflicht ist eine europäische Gemeinschaftsaufgabe. Dem widerspricht es, wenn europäische Staaten – darunter auch die Bundesrepublik Deutschland – sich dieser Aufgabe zu entziehen versuchen.

Menschen, die in Europa Zuflucht suchen, haben das Recht auf ein menschenwürdiges Leben, auf Bewegungsfreiheit und die Teilhabe an der Arbeitswelt, an Bildung und Kultur. Das gilt bereits, wenn die Gründe der Flucht noch nicht anerkannt sind. Es gilt auch,

wenn eine Rückkehr in das Herkunftsland nicht möglich ist."

An diesen Grundsätzen haben wir unsere Arbeit im Landtag seit unserem Einzug im Jahr 2012 orientiert und unsere politischen Initiativen daraus abgeleitet.

Die Meldungen und Bilder, die uns aus dem Mittelmeerraum von Menschen auf der Flucht erreichten, waren Anlass für

unsere Forderung, dass die Europäische Union ihre Abschottungspolitik mit "Triton" durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm für Flüchtlinge ersetzen muss.

Ebenfalls schon zu Beginn der sechzehnten Legislaturperiode forderten wir die Erhöhung der Mittel für die "Soziale Beratung von Flüchtlingen" und eine Anpassung der Gelder an die tatsächlichen Bedarfe.

Nur mit einer finanziellen Ausstattung, die den geflohenen Menschen ein Leben in Würde ermöglicht,

kann unser Land den eigenen Ansprüchen an eine humane Gesellschaft gerecht werden.



Zu den Grundbedürfnissen von Menschen fern der Heimat gehört zweifellos auch die Möglichkeit international kommunizieren zu können. In jede Flüchtlingsunterkunft gehört ein schneller Zugang zum Internet und WLAN. Wir haben hier nicht nur vom Land gefordert. In vielen Städten und Gemeinden sind Piraten vor Ort, oft in Kooperation mit den Freifunkern und unseren Vertretern in Stadt- und Kreisräten, selbst aktiv geworden und haben Internetzugänge realisiert. Eine große Hilfe waren hier auch Spenden und Sponsoring.

Ein Leben in Menschenwürde erfordert jedoch noch vieles mehr, insbesondere die Schwächsten müssen vor Gewalt geschützt werden. Für den wirksamen Schutz für geflüchtete Frauen und Kinder haben wir die Initiative ergriffen. Unsere Forderung: Schutz vor Gewalt auch in den Landesaufnahmen sicherstellen!

Teilerfolge sehen wir im rot-grünen Integrationsplan, wir denken, dass sich auch hier unser Einfluss aus der Oppositionsarbeit gezeigt hat.

Unserer eigenen Herkunft "aus dem Netz" entsprechend lag es nahe zu verlangen, dass Buzzwords wie "NRW 4.0" mit Leben gefüllt werden: Eine von uns angeregte App zur ersten Orientierung für die geflüchteten Menschen wurde unter Beteiligung der Landesregierung umgesetzt.

Wer sich integrieren soll und will, der muss so früh wie möglich, abhängig von den eigenen individuellen Möglichkeiten, auch arbeiten dürfen. Unsere Forderung lautete: Arbeitsverbote für Flüchtlinge abschaffen – Arbeitsmarktzugang sicherstellen.

Immer wieder haben wir uns für eine menschenwürdige Unterbringung eingesetzt. Weder Zelte noch Turnhallen sind geeignet als Wohnstätte für Menschen. Es gilt solche (Not-)Lösungen zu verhindern. Doch auch als solche deklarierte Flüchtlingsheime sind nur dann in Ordnung, wenn das

Personal, das dort arbeitet, auch entsprechend befähigt ist. An dieser Stelle haben wir verbindliche Standards eingefordert. Menschen, die aus ihrer Not heraus Zuflucht in unserem Land suchen, haben mehr verdient, als nur von Mitarbeitern aus Unternehmen mit zweifelhaftem Ruf bewacht zu werden. Ein "Heim-TÜV", Beschwerdemanagement, qualifizierte Betreuer vor Ort und ein Flüchtlingsbeauftragter in der Gemeinde, an den sich die Menschen wenden können, sind erforderlich.

Menschenfeindliche Gewalt, akute Bedrohung der Flüchtlinge, Hass und Hetze durch Täter, regelmäßig vor allem aus dem rechtsradikalen Umfeld, müssen erfasst und aufgeklärt werden. Angesichts der Wehrlosigkeit der Opfer muss alles unternommen werden, um Straftaten gegen Geflohene zu verhindern.

Betroffen von Anfeindungen und immer wieder auch von Gewalt sind jedoch auch die Helfer, die sich für die Menschen in den Unterkünften, oft ohne dafür bezahlt zu werden, einsetzen. Auch sie müssen geschützt werden.

Die vielen ehrenamtlich Tätigen haben wir mehrfach zu unseren "Helferkonferenzen" in den Landtag eingeladen. Unterstützt von Fachleuten aus verschiedenen Bereichen haben sie dort mit unseren Abgeordneten und Fraktionsmitarbeitern diskutieren und ihre individuellen Erfahrungen in der täglichen Arbeit austauschen können.

Ziele dabei waren, die Vernetzung untereinander durch den direkten Kontakt zu verbessern, voneinander zu lernen, ein Forum zu schaffen und nicht zuletzt die gemeinsam erkannten Probleme direkt in den Landtag einzubringen.

Das Thema und die vielen damit verbundenen Schicksale haben alle Beteiligten bewegt und auch motiviert, ihre politische Arbeit auf eine Verbesserung der Situation der Geflüchteten auszurichten.









WAHLRECHT FÜR NICHT-EU-AUSLÄNDER

GRANDIOSES SCHEITERN DER VERFASSUNGSKOMMISSION – WIR MACHEN WEITER DRUCK

Seit einer gefühlten Ewigkeit dürfen sich Menschen mit Wohnsitz in NRW nach der Vollendung des achtzehnten Lebensjahres alle fünf Jahre an einem Sonntag zur Wahlurne begeben und einen neuen Landtag wählen. Wo liegt der Fehler?

Wenn man zufällig erst kurz nach dem Wahlsonntag 18 wird, dann muss man lange warten, bis man sich mit 23 zum ersten Mal an einer Landtagswahl beteiligen darf. Das bedeutet, im Durschnitt wählt man zum ersten Mal im Alter von 20 Jahren und sechs Monaten. Bis man endlich wählen darf hat man vielleicht schon eine Berufsausbildung oder ein Studium abgeschlossen, eine Familie gegründet oder das Land als Soldat verteidigt. Der Grund, erst ab 18 wählen zu dürfen, erschließt sich nicht wirklich. Eine Absenkung des Mindestalters für die Beteiligung an Landtagswahlen ist überfällig.





Dafür haben wir uns schon in der Verfassungskommission eingesetzt. Leider kam es aufgrund des parteipolitischen Gezänks dort nicht zu einer Einigung.

Ein zweiter Anlauf wurde gemeinsam mit SPD und GRÜNEN unternommen, voraussichtlich wird auch dieser mangels einer verfassungsändernden Mehrheit scheitern.



Viele EU-Länder ermöglichen bereits den Urnengang für Ausländer, die nicht aus der EU kommen. Dazu zählen Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Irland, die Niederlande und Island. Auch wir wollen in NRW ein Wahlrecht auf Ebene der Kommunen nach der Lebensmittelpunktregelung. Da wo ich lebe, muss ich auch über die Menschen, die mich vertreten entscheiden können. Es geht uns nicht nur um das Wahlrecht, sondern z. B. auch um das Recht auf Beteiligung bei Bürgerbegehren. Deshalb haben wir gemeinsam mit der SPD und den GRÜNEN einen dementsprechenden Gesetzentwurf eingebracht.



Dieser fand letztendlich nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit, da CDU und FDP offenbar fürchten, bei kommenden Wahlen Stimmanteile zu verlieren.

Dabei ist der Ansatz im Kern sehr konservativ, schon die ursprüngliche "Tea Party" forderte:

"No taxation without representation"

Das bedeutet: "Keine Besteuerung ohne gewählte politische Vertretung". Denn letztlich geht es um eine wirkliche Integration der Menschen, die dauerhaft in unserem Land leben, dazu gehört ohne Zweifel auch das Recht wählen zu dürfen.



POLITIK WOR ORT

PETITIONSTOUR

FÜNF TAGE, ZEHN STÄDTE

Im Jahre 2013 sind zwei unserer MdL und die Referentin für den Petitionsausschuss quer durch Nordrhein-Westfalen getourt. Zehn Städte in fünf Tagen haben sie besucht und den Menschen dort die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung, insbesondere die Möglichkeit ein Anliegen in Form einer Petition an den Landtag zu richten, nahegebracht. Gestartet sind sie in Ostwestfalen-Lippe und über das Münsterland weitergezogen, haben Station im Ruhrgebiet, in Köln, Bonn und der Region Aachen gemacht. Dabei konnten sie viel über das Petitionswesen vermitteln und einiges über die Probleme der Menschen vor Ort lernen.

FRAKTION VOR ORT

GEHT DER BÜRGER NICHT ZUM LANDTAG, MUSS DER LANDTAG ZUM BÜRGER GEHEN

Wir waren mit unserem mobilen Fraktionsbüro bei mehr als 120 Terminen im ganzen Bundesland NRW unterwegs. Vor Ort, auf dem Marktplatz, vor dem Rathaus – immer im Zentrum des Lebensalltags, haben wir über die aktuellen Themen im Landtag NRW und unsere Arbeit dort informiert. Dabei haben wir nicht nur eine Menge Informationsmaterialien unter die Bürger gebracht, unsere Abgeordneten und die lokal aktiven Piraten haben persönlich Rede und Antwort gestanden und interessante Gespräche und Diskussionen zu den Themen, die den Menschen vor Ort unter den Nägeln brennen, geführt.

DU HAST DIE WAHL

Nachdem die überraschte rhetorische (?) Frage "Piraten gibt es noch?!?" abgehakt war, wurde es schnell fachpolitisch. Wir konnten mit unseren konkreten, politischen Anträgen, unseren Kleinen Anfragen, unserer Arbeit in den Fachausschüssen des Landtags und unseren Angeboten an die Bürger hinsichtlich Mitbestimmung und Transparenz im persönlichen Gespräch stets punkten. Nicht selten fiel nach einem langen Gespräch mit vielfältigsten Inhalten der bedauernde Hinweis, dass man die Piraten ja nur nicht wählen würde, weil man seine Stimme nicht verschenken wolle. Schade! Wenn jeder nach der eigenen Überzeugung wählen würde und sein Kreuz dort macht, wo er es wirklich machen möchte, hätte die Partei der Grundrechte und Freiheit sicher gute Chancen auch 2017 wieder in den Landtag einzuziehen.





KOMMUNALE VERNETZUNGSTREFFEN

IN DER KOMMUNE KOMMT DIE POLITIK DEN BÜRGERN SEHR NAH – UND DIE BÜRGER DER POLITIK

Nicht erst seit den Kommunalwahlen 2014 sind Piraten auch in Stadträten und Kreistagen vertreten. Auch wenn das Wahlergebnis mit einem landesweiten Ergebnis von 1,7% hinter den Erwartungen zurückblieb, zogen nach den Wahlen in vielen Städten und Gemeinden in NRW die Piraten in die kommunalen Parlamente ein. In einzelnen Städten reichte es für eigene Fraktionen, in anderen kam es zur Bildung von Fraktionsgemeinschaften mit Vertretern anderer Parteien und viele Piraten sind als Finzelkämpfer für die Bürgerinnen und Bürger aktiv. In Bielefeld gibt es die "Paprikakoalition" aus Piraten, SPD und GRÜNEN, Piraten lernen dabei auch, was es heißt eine Koalition mit anderen Fraktionen zu bilden und Verantwortung für die Zukunft einer Stadt zu übernehmen.

Die Piratenfraktion hat sich im Lauf der Legislaturperiode immer besser mit den Mandatsträgern vernetzt. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die "piko nrw". Der Name steht für "Piraten in der Kommunalpolitik", organisiert als gemeinnütziger Verein und vom Landtag NRW anerkannt als sogenannte kommunalpolitische Vereinigung (KPV). Das ist die Voraussetzung für eine Förderung aus Landesmitteln.

Durch diese Unterstützung ist es möglich, die Grundsätze der Piratenpartei in der Kommunalpolitik zu fördern indem

- Lehrveranstaltungen zur staatsbürgerlichen und kommunalpolitischen Fortbildung angeboten werden.
- bestehende Angebote der Piratenpartei vor Ort gefördert werden um dort erfolgreiche Konzepte nach Möglichkeit in andere Regionen zu übertragen.
- der Austausch der Piraten in kommunalen Vertretungen und Körperschaften sowie im Land- und Bundestag in kommunalpolitisch relevanten Angelegenheiten gefestigt und gepflegt wird.
- Ansprechpartner für kommunale Spitzenverbände und andere an der Kommunalpolitik interessierte Organisationen benannt und diese Kontakte an kommunalpolitisch tätige Mitglieder vermittelt werden.
- Orientierungspunkte und Handlungsempfehlungen für die praktische Arbeit in den kommunalen Vertretungen und Körperschaften erarbeitet werden.

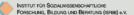
Durch unsere Kommunalen Vernetzungstreffen (KVTs), organisiert von der PiKo NRW, findet darüber hinaus der notwendige Austausch zwischen "piratiger" Landes- und Kommunalpolitik statt. Beide Seiten profitieren davon, denn nirgends kommt die Politik den Bürgern näher als in der Kommune.

KUNST UND AUSSTELLUNGEN

NSU-AUSSTELLUNG

Wanderausstellung:

Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen



Vom 19. Januar bis 15. Februar 2016 präsentierte die Piratenfraktion die Ausstellung "Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen" in ihrem Fraktionsfoyer.

Diese Ausstellung setzte sich mit der gesellschaftlichen Aufarbeitung der NSU-Attentate auseinander. Sie beleuchtete die Folgen der Bombenanschläge und gab einen Einblick in die Neonaziszenen, aus denen der NSU hervorging. Analysiert wurden zudem Gründe, warum die Mordserie so lange unaufgeklärt blieb.

Zur Eröffnung erläuterte die Rechtsextremismus-Expertin Birgit Mair die Biografien der zehn Mordopfer und ging auf die aktuellen Entwicklungen sowie den Umgang mit Neonazismus und Rassismus ein.

Anschließend führte sie durch die Ausstellung im Foyer der Piratenfraktion NRW. Gäste waren unter anderem Sven Wolf, Leiter des PUA NSU.

PIRATE ART SET AUSSTELLUNG MALEREI

"Operation am offenen Auge" Kunstausstellung Eröffnung am 31.5.2016 im Foyer der Fraktion. Knapp 100 Gäste, Bilder von Heinz Morszoeck, Maler, Absolvent der Kunstakademie Düsseldorf, Meisterschüler von Markus Lüpertz. Eröffnungsrede von Dr. Christian Jäger





KULTUR- UND NETZPOLITIKAKTION: #SNOWDENART

Ausstellung mit Bürgerkunst im Piraten-Foyer, 2014

Die Ausstellung bestand aus Bürgerkunst und Beiträgen aus der lokalen und Berliner Künstlerszene. Sie sollte das Thema Snowden, Überwachung und Whistleblowerschutz stärker in den Fokus rücken und auch in einem künstlerischen Kontext zu der Diskussion um den Schock vom Sommer 2013 durch die NSA-Enthüllungen beitragen.

Edward Snowden steht für eine der schwerwiegendsten Enthüllungen des Internetzeitalters: die massive Überwachung und Ausspionage auch normaler Bürger durch die US Geheimdienste. Um die Aufmerksamkeit auf Edward Snowden und das Thema aufrecht zu halten, hat die Fraktion zur Snowden Art aufgerufen.



........









BEST OF ENERGIEPOLITIK

DIE ENERGIEWENDE BRAUCHT BÜRGERBETEILIGUNG

Wir haben uns dafür eingesetzt die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die finanzielle Beteiligung an Bürgerenergieprojekten nicht zu erschweren. Bestimmungen aus dem Kapitalanlagegesetz hätten dazu führen können, dass hier nahezu unüberwindbare Hürden aufgebaut werden. Im Rahmen des laufenden Gesetzgebungsverfahrens wurden die Bestimmungen entschärft, so dass die Möglichkeiten der finanziellen Beteiligung der Bürger an lokalen Projekten prinzipiell erhalten blieben. Nur dort, wo sich die Bürger direkt an den Projekten beteiligen können, die in ihrer Nachbarschaft entstehen, werden diese auch akzeptiert.

Im Rahmen der Neufassung des EEG 2016 war die nahezu vollständige Umstellung der Förderung neuer Anlagen geplant. Festgesetzte Vergütungen sollten nur noch für kleinere Fotovoltaikanlagen gewährt werden. Für größere Projekte und vor allem für Windenergieanlagen dagegen war ein Ausschreibungssystem geplant. Erste Erfahrungen zeigten, dass hierbei gerade Projekte von Energiegenossenschaften kaum noch Chancen auf Realisierung hätten. Auch die erneuerbaren Energieträger sollen sich dem Wettbewerb stellen, aber nicht um jeden Preis. Wir haben uns dafür eingesetzt die maximalen Spielräume, die die EU lässt, bei der Neufassung des EEG zu nutzen. Die Expertenanhörung hatte bestätigt, wie

gerechtfertigt und sinnvoll dieses Anliegen ist. Inhaltliche Zustimmung für unseren Antrag gab es auch von anderen Parteien. Leider setzt dies nicht die Spielregeln unter den Fraktionen im Landtag außer Kraft, unser Antrag wurde abgelehnt. Kleine Verbesserungen wurden immerhin über die Beteiligung des Bundesrats erreicht.

ENERGIEWENDE AUCH IM VERKEHRSSEKTOR

Der Anteil an sauberem Strom steigt kontinuierlich, in der Folge kann und muss auch Elektromobilität einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Was oft fehlt ist die Ladeinfrastruktur. Hier haben wir einen einfachen Vorschlag in Form eines Antrags an die Landesregierung eingebracht, der direkt umsetzbar ist.

Landeseigene Gebäude unter Verwaltung des BLB-NRW sollten, wo immer es möglich ist, nach und nach Parkplätze mit Ladesäulen erhalten. Einfach gedacht, leicht umsetzbar und doch abgelehnt. Immerhin fängt der Landtag, nicht unter Verwaltung des BLB stehend, damit an.



Auf unsere Initiative wird es hier zusätzlich die Möglichkeit zum Aufladen von Elektrorollies und E-Scooter geben. Denn bereits heute sind Menschen auf Elektromobilität angewiesen!

Voraussetzung für Klimaschutz wäre die Versorgung der landeseigenen Gebäude mit Strom aus regenerativen Quellen. Ein entsprechender Antrag von uns wurde abgelehnt und nahezu wortgleich von den Regierungsfraktionen übernommen.

Es war wohl die einzige Möglichkeit unserer Forderung zustimmen zu "dürfen". Immerhin wurde unser Ziel erreicht. Die spätere Neuausschreibung für die Stromversorgung der Landesgebäude verlangte von den Anbietern Ökostrom.

GESETZ ZUM BRAUNKOHLEAUSSTIEG IST ÜBERFÄLLIG

Ohne den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Braunkohle wird es keinen wirksamen Klimaschutz geben. Mit Anträgen auf Aktuelle Stunden haben wir das Thema mehrfach ins Plenum gebracht.

Die ganz große "Kraft-Kohle-Koalition" in NRW hat sich stets zu den Kraftwerks-Dinos bekannt und dem Fortschritt verweigert. Dabei haben wir auch konstruktive Vorschläge zur Finanzierung des notwendigen Strukturwandels im rheinischen Revier gemacht. Eine Förderabgabe für Braunkohle, von uns vorgeschlagen, würde

direkt in den Landeshaushalt fließen. Die GRÜNEN auf Bundesebene sind dafür, die GRÜNEN in NRW müssen aus Koalitionsräson dagegen sein. NRW muss endlich den Ausstieg aus der Braunkohle planen – ein Braunkohleausstiegsgesetz ist überfällig.

SELBSTVERLEUGNUNG BEI DEN GRÜNEN

"Der Eklat hinter dem Eklat", so beschrieb Jürgen Döschner vom WDR einen Vorgang gegen Ende der Legislaturperiode. Ein einfacher Antrag von uns forderte nicht mehr von der Landesregierung als ein neutrales Gutachten über die Folgekosten des Braunkohleabbaus. Transparenz, die jedem Bürger in NRW zusteht. Solange nur die Zahlen und Fakten der RWE ungeprüft übernommen werden, wird es sie niemals geben. Frau Brems, MdL von den GRÜNEN, sprach sich in ihrer Rede ohne Einschränkung für unseren Antrag aus.

Bei der folgenden namentlichen Abstimmung stimmte sie geschlossen mit ihrer Fraktion dagegen. Zum Eklat kam es, weil wir uns die Freiheit nahmen von der Besuchertribüne zu filmen, was grundsätzlich erlaubt ist, um das Abstimmungsverhalten zu dokumentieren.

Darauf folgte eine Unterbrechung der Sitzung und letztendlich musste auch der WDR seine Filmaufnahmen beenden. Den Eklat haben nicht wir zu verantworten. Der Eklat ist das Verhalten der GRÜNEN, die immer wieder ihre eigenen Ziele verraten.

FRACKINGVERBOT IN NRW

Die Förderung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mit Hilfe von Fracking ist mit hohen Risiken für die Bevölkerung und die Umwelt, insbesondere für Grund- und Oberflächenwasser und damit auch für das Trinkwasser, verbunden. Die Ewigkeitsschäden sind noch gar nicht abschätzbar.

Gegen dieses Verfahren hat sich breiter Widerstand in Nordrhein-Westfalen formiert. Wir haben in einigen Anträgen ein komplettes Frackingverbot gefordert, sowie ein Verbot von Aufsuchungserlaubnissen und Probebohrungen. So haben auch wir dazu beigetragen, dass ein Frackingverbot zumindest im Landesentwicklungsplan verankert wurde.

Aber weitere Wachsamkeit ist geboten, denn die Landesregierung hofft offenbar auf ein "Ökofracking". Das heißt, Fracking ohne die bisher eingesetzten giftigen Chemikalien, sondern mit sogenannten ungefährlichen Chemikalien. Das ist ein Trugschluss!

Denn erstens entstehen durch das Fracking noch diverse andere Schäden die nicht beherrschbar sind und zweitens gibt es keine ungefährlichen Chemikalien und drittens ist auch das zurückgeholte Wasser mit gefährlichen Stoffen belastet (Flowback) und muss entsprechend entsorgt werden.

Wir fordern daher weiter ein voll umfängliches Frackingverbot und werden uns wo immer es möglich ist, genau dafür einsetzen.



GEGEN MONOKULTUR, FÜR BIENEN

Wenn es nach uns ginge, wäre Cannabis schon längst legalisiert. Oder es gäbe zumindest diverse Modellprojekte in den Städten von Nordrhein-Westfalen. Oder es wäre egal, ob man beim Autofahren noch Abbaustoffe im Blut hat, weil man vor zwei Wochen mal einen Joint geraucht hat. Alle diese Forderungen haben wir im Landtag NRW gestellt. Wir haben Briefe an FDP, Grüne, SPD und CDU geschickt, um gemeinsam mit ihnen an den Anträgen zu arbeiten. doch es kam nie eine Antwort.

Stattdessen zählten sie alle möglichen fadenscheinigen Gründe auf, um unsere Vorhaben scheitern zu lassen. Die Grünen behaupteten einmal gar, man hätte sich mehr beraten müssen, da nun der Jugendschutz fehle.



Hanfpirat Lukas Lamla ließ seinem Unmut darüber bei seiner Rede freien Lauf: "Das ist doch alles verlogener Dreck. Sie hatten zwei Monate Zeit, sich einzubringen und diesen Antrag mitzugestalten und jetzt

hier zu stehen und zu sagen 'Der Jugendschutz ist nicht drin' ist einfach so verlogen, das glaubt Ihnen doch kein Mensch." Als er sich weiter aufregte, wurde ihm das Mikrofon abgedreht. Die Rede findet man bei YouTube unter "Hanfpirat: Die Wutrede zum Cannabisantrag".

Noch mehr Inhalte auf: www.graspirin.de

Die Piratenfraktion im Landtag NRW hat sich 2013 erfolgreich für bessere Lebensbedingungen von Bienen in Nordrhein-Westfalen und zugleich gegen landwirtschaftliche Monokultur eingesetzt.

Mehrheitlich haben die Mitglieder des Landtags den Piratenantrag angenommen, der die Landesregierung verpflichtet, effektive Schritte gegen das Aussterben blütenbestäubender Insekten in Nordrhein-Westfalen zu ergreifen.

Die Landesregierung muss das Ausufern von Agrarmonokulturen stoppen, erklärte Lukas Lamla, MdL der PIRATEN und selber Halter von mehreren Bienenvölkern.

"Das Schicksal der Bienen mag nicht jeden interessieren. Aber vor ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung kann niemand die Augen verschließen."

Damit ist wenigstens ein reiner Oppositionsantrag mit den Stimmen der Regierungsfraktionen angenommen worden.

Bienenschutz ist aktuell wie nie!





Enquetekommission "Zukunft von Handwerk und Mittelstand in Nordrhein-Westfalen gestalten – Qualifikation und Fachkräftenachwuchs für Handwerk 4.0 sichern, Chancen der Digitalisierung nutzen, Gründungskultur und Wettbewerbsfähigkeit stärken"

Unser Kernanliegen bestand darin, die Auswirkungen der digitalen Revolution auf das Handwerk zu beschreiben. Dieser Sichtweise haben sich erfreulicherweise alle Fraktionen angeschlossen, so dass die Digitalisierung einen Schwerpunkt des Enqueteberichts eingenommen hat.

Dabei war es uns wichtig, eine breite Palette an Meinungen und Erfahrungsberichten in die Arbeit der Enquetekommission einfließen zu lassen und damit auch Akteure außerhalb der "Handwerksfamilie" zu Wort kommen zu lassen.

Durch die intensive Arbeit in der Enquetekommission wurde deutlich, dass viele Piraten-Forderungen auch für das Handwerk relevant sind. In den Handlungsempfehlungen haben so Fragen des Umgangs mit Daten und deren Eigentumsrechten (z. B. Smart Home), Open Source, das Bekenntnis zum Glasfaserausbau und zur Netzneutralität, Fablabs und Hackerspaces Niederschlag gefunden. Wichtig war auch die Fragestellung, wie angesichts von monopolisierenden Online-Plattformen eine dezentrale Angebotsvielfalt erhalten bleiben kann, ohne auf eine rein abwehrende Haltung zu setzen.

Wir haben zudem deutlich gemacht, dass sachkundige Partner einen wichtigen Beitrag leisten können, um Handwerksbetriebe zu digitalisieren. Dazu haben wir u.a. Vertreter der Startup-Szene in der Kommission eingeladen. Oft sprechen traditionelle Handwerker und digitale Tüftler nicht die gleiche "Sprache". Diese Akteure zusammenzubringen und der Gedanke, (digitalaffine) Seiteneinsteiger als Bereicherung zu begreifen, birgt noch viel Potenzial.

Zudem haben wir darauf bestanden, Debatten zur Modernisierung

des Kammerwesens in den Bericht aufzunehmen. Die konsensual verabschiedeten Handlungsempfehlungen beinhalten aus diesem Grund auch Forderungen zur Stärkung von Transparenz, demokratischer Legitimation und klaren Verhaltensregeln in den Kammern.

ALLE FAMILIEN VERDIENEN DIE GLEICHE ANERKENNUNG

In der Enquetekommission "Zukunft der Familienpolitik in NRW" haben wir uns für die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Familienmodelle stark gemacht: Zeitgemäße Familienpolitik respektiert die freie Selbstbestimmung der Menschen und schützt alle Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder schwache Menschen versorgt werden gleichermaßen – ohne konservative Vorbehalte. Das haben wir im Abschlussbericht verdeutlicht.

UNSER KAMPF GEGEN KINDER- UND FAMILIENARMUT

Vermögen ist sehr unterschiedlich verteilt. Längst nicht jedes Kind wächst unter angemessenen Bedingungen auf und wirtschaftliche Aufschwünge ändern kaum etwas an der Kinderarmutsquote. In NRW ist jedes vierte bis fünfte Kind arm, überproportional häufig sind Familien mit vielen Kindern oder Alleinerziehenden betroffen. Das ist fatal, weil Armut in der Kindheit nicht nur mit vielen Entbehrungen verbunden ist, sondern sich in sehr vielen Lebensbereichen negativ auf Entwicklung und Zukunftschancen auswirkt.

Der Staat schafft hier noch nicht genügend Abhilfe und fördert Kinder erwerbsloser oder geringverdienender Eltern unfairer Weise sogar weniger als die gutverdienender. Wir haben deshalb in den letzten Jahren erfolgreich für eine Kindergrundsicherung gekämpft. Solange es noch kein BGE gibt, würde sie die familienpolitischen Leistungen zusammenfassen und dafür sorgen, dass in allen Familien für jedes Kind genug Geld zum Leben und für echte gesellschaftliche Teilhabe da ist.



20

Durch uns wurde das Thema ausgiebig in Kommission und Familienausschuss diskutiert, Sachverständige konnten sich für die Kindergrundsicherung stark machen und die Abgeordneten überzeugen.

Zum Ende der Legislaturperiode hat der Landtag nun beschlossen, sich auf Bundesebene für die Kindergrundsicherung einzusetzen. Einmal eingeführt wird sie Familien viele Sorgen nehmen und Kindern ersparen, "Hartz IV" in Anspruch nehmen zu müssen.

KITAS KÖNNEN OHNE GELD NICHT ARBEITEN

Wir haben in den gesamten fünf Jahren nicht locker gelassen, sondern immer wieder thematisiert, wie dramatisch Kindertageseinrichtungen in NRW unterfinanziert sind. Hier liegt noch Arbeit vor uns, weil SPD und Grüne ihr Versprechen von 2012 nicht einmal ansatzweise eingelöst haben und die Ausarbeitung eines neuen Kita-Gesetzes noch immer aussteht.

Die Fakten liegen jetzt aber auf dem Tisch:

Wir haben die Defizitrechnungen von Elterninitiativen und Kitas in den Landtag getragen und uns dafür eingesetzt, die fehlenden Gelder endlich freizugeben. Im Familienausschuss gaben wir so Experten aus Wissenschaft und Praxis die Möglichkeit, das Ausmaß des Problems ganz genau zu beschreiben.

Weil sie kein Blatt vor den Mund nahmen, und offen sagten, dass Kitas in NRW ihrem pädagogischen Auftrag nicht mehr angemessen nachkommen können, zählen ab jetzt keine Ausreden mehr.

MITBESTIMMUNG IST WICHTIG

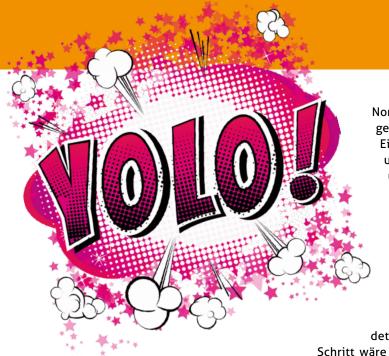
Dass Kinder und Jugendliche am längsten von politischen Entscheidungen betroffen sein werden, aber keinerlei Einfluss haben, nehmen wir nicht hin. Deshalb haben wir den Dialog zwischen Jugendvertretern und Landtag über die beste Beteiligungsform vorangetrieben und dafür gesorgt, dass sich alle zur Weiterführung bekennen.



KINDERRECHTE

Ein Land, das an die Zukunft denkt, muss sich konsequent für die Rechte von Kindern und Jugendlichen einsetzen. Genau das fordern die Piraten im Landtag!

Wir erwarten, dass die Landesregierung ihrer Pflicht nachkommt und die Bürgerinnen und Bürger über die Menschenrechte des Kindes informiert. Vielen Menschen ist nicht einmal bekannt, dass Deutschland 1992 das UN-"Übereinkommen über die Rechte des Kindes", auch bekannt als "Kinderrechtskonvention", unterzeichnete.

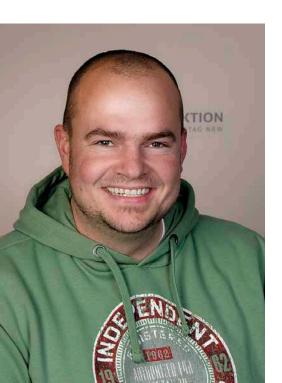


Nordrhein-Westfalen braucht geschulte Fachkräfte in allen Einrichtungen der Kinderund Jugendhilfe, Schulen und Familienzentren für die konkrete Informationsvermittlung und Umsetzung der Kinderrechte.

Mit Anträgen und
Gesetzesinitiativen
haben wir uns dafür
eingesetzt, dass dieser
Zustand endlich beendet wird. Ein wichtiger erster
Schritt wäre dabei, unserem Antrag auf

Wiedereinsetzung eines Kinderrechtsbeauftragten zu folgen, den es vor der Jahrtausendwende schon einmal gab.

Immerhin boten die Debatten im Plenum und die Diskussionen in den Ausschüssen Anlass zur Hoffnung, dass sich ein zukünftiger Landtag der drängendsten Probleme erneut annimmt und die Rechte der Kinder endlich so umgesetzt werden, wie es in anderen Teilen der Welt selbstverständlich ist.



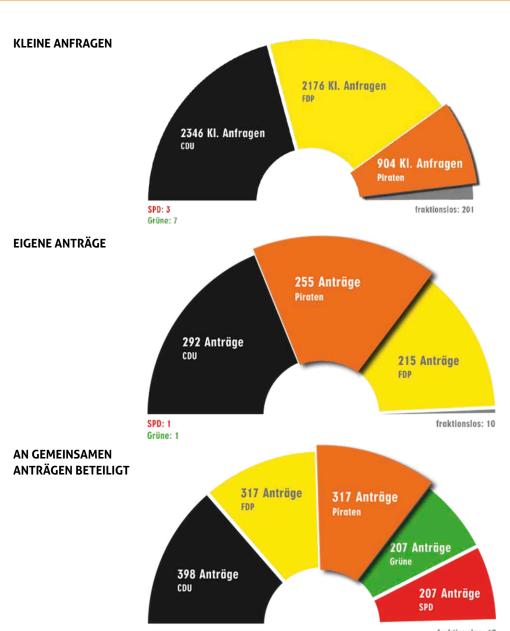
Mit dem Inkrafttreten 1992 und der Rücknahme geäußerter Vorbehalte verpflichteten sich Politik und Gesellschaft, Kindern und Jugendlichen umfassende Schutz-, Förderungs- und Beteiligungsrechte im öffentlichen und privaten Raum zu garantieren. Die Anerkennung dieser Verpflichtung bestätigten Nordrhein-Westfalens Regierungsfraktionen im Jahr 2016 noch einmal explizit.

Die bittere Wahrheitistjedoch, dass Kinder und Jugendliche immer noch und immer wieder in ihren fundamentalen Menschenrechten verletzt werden.



PIRATENFRAKTION IN ZAHLEN

POLITISCHE ARBEIT



fraktionslos: 13

SOCIAL MEDIA

348 ANTRÄGE 16 AKTUELLE STUNDEN 8 EILANTRÄGE 919 KLEINE ANFRAGEN

5 GROSSE ANFRAGEN

89 ENTSCHLIESSUNGSANTRÄGE 98 ÄNDERUNGSANTRÄGE 13 MÜNDLICHE ANFRAGEN 30 GESETZESENTWÜRFE

13 DRINGLICHE FRAGEN IM AUSSCHUSS
4 ANTRÄGE ZUR GESCHÄFTSORDNUNG
30 AKTUELLE ANFRAGEN VIERTELSTUNDE

ÜBER 210.000 MENSCHEN HAT UNSER ERFOLGREICHSTER POST AUF FACEBOOK ERREICHT: EIN VIDEO ÜBER DIE PFLEGESITUATION IN DEUTSCHLAND.

ÜBER 1700 VIDEOS HABEN WIR AUF YOUTUBE HOCHGELADEN: PLENARDEBATTEN, REDEN, STATEMENTS, PORTRAITS, FRAKTIONSSITZUNGEN, ERKLÄRVIDEOS, REPORTAGEN, EINE SERIE ÜBER HANF-ANBAU UND FIN BULL SHIT-BINGO-VIDEO. **UNSER YOUTUBE KANAL:**



/user/PIRATENFRAKTIONNRW

REINSCHAUEN LOHNT SICH!

ÜBER 11.500 TWEETS HABEN WIR AUF TWITTER ABGESETZT, DER ERFOLGREICHSTE ERZIELTE 193 RETWEETS:

EIN COMIC ÜBER DIE AUSSAGE "ICH HAB DOCH NIX ZU VERBERGEN".

UNSER TWITTER ACCOUNT:





